

## INHALT

## IM FOKUS

- 3 **Etappensieg für die EU-Integration.  
Die Parlamentswahlen in der Republik  
Moldau**

Klemens Büscher

## DEMOGRAFISCHER WANDEL

- 6 **Am Rand einer demografischen  
Katastrophe: Kriegsfolgen in der Ukraine**

Roman Tesliuk

- 11 **Nur kurzfristige Stabilität:  
Russlands demografische Aussichten**

Katarzyna Chawryło

- 18 **Gebären zum Wohle der Nation.  
Pronatalismus im illiberalen Ungarn**

Eva Fodor

- 22 **Altern in Serbien – Auswirkungen  
auf das Renten- und Sozialhilfesystem**

Natalija Perišić

## RUNDSCHAU

## PROJEKTBERICHT

- 28 **Ukrainische Down-Syndrom  
Organisation – Gelebte Inklusion  
in Kriegszeiten**

Regula Spalinger, Tetjana Pavljuk,  
Ivanna Vikhtynska

## BUCHBESPRECHUNGEN

- 30 **Balkan-Odyssee, 1933–1941**  
Albrecht Fuess, Heidi Hein-Kircher,  
Julia Obertreis, Stefan Rohdewald (eds.)  
**Mobility Dynamics Eastern Europe  
Near East**  
Liliya Berezhnaya (ed.)  
31 **Icons In-Between**  
Oleh Shepetiak  
**Byzantinische Liturgie**

Marie-Janine Calic

Titelbild  
Verlassener Spielplatz in Kamjanske in der Oblast  
Dnipropetrovsk.

Foto: Shutterstock.com / Vladyslav Sydorenko

Die Zeitschrift RGOW wird vom Forum RGOW –  
Religion & Gesellschaft in Ost und West  
herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein  
getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von  
Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Liebe Leserin  
Lieber Leser



Sinkende Geburtenraten, eine zunehmende Alterung der Bevölkerung und eine damit einhergehende Altersarmut sowie die Abwanderung von jungen Menschen – das sind nur einige Aspekte einer demografischen Entwicklung, mit denen die Gesellschaften im östlichen Europa konfrontiert sind. In vielen Ländern in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa schrumpft die Bevölkerung, und immer weniger junge Menschen stehen immer mehr Personen im Rentenalter gegenüber. Von diesem verschobenen demografischen Gleichgewicht besonders betroffen ist die Ukraine, deren Bevölkerungsentwicklung schon vor Beginn des russischen Angriffskriegs Anlass zur Sorge gab. Der Krieg bringt das Land an den Rand einer demografischen Katastrophe: zahlreiche getötete Soldaten und Zivilistinnen sowie die massenhafte Flucht führen zu einem rapiden Bevölkerungsrückgang. Je länger der Krieg dauert, desto wahrscheinlicher werden die Emigrierten sich im Ausland eine neue Zukunft aufbauen.

Auch Russland kämpft mit sinkenden Geburtenraten, einer alternden Bevölkerung und hohen Sterblichkeitsraten. Zwar gibt es keine verlässlichen Zahlen, aber der Trend zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang ist klar. Inzwischen ist dieser, verschärft durch den Krieg, so groß, dass auch die Immigration den Arbeitskräftemangel nicht mehr auszugleichen vermag. Die demografischen Herausforderungen werden auch von der Regierung nicht verleugnet – Ministerpräsident Michail Mischustin kündigte jüngst an, bestehende familienpolitische Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate zu intensivieren.

Die ungarische Regierung setzt ebenfalls auf pronatalistische Programme, um den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten. Diese setzen vor allem auf finanzielle Anreize, so werden Paare für die Geburt eines dritten oder noch mehr Kindern belohnt. Allerdings beschränken sich die Zuwendungen auf verheiratete, heterosexuelle, ethnisch ungarische Paare. So bleiben zahlreiche Menschen von den Förderprogrammen ausgeschlossen, und die pronatalistische Politik erhält einen rassistischen Unterton.

In Serbien steht das Rentensystem aufgrund der alternden Bevölkerung unter Druck. Aktuell ist die Finanzierung des Systems noch gewährleistet, allerdings verdankt sich das tiefen Altersrenten, auf die nicht alle Anspruch haben, und noch tieferen Sozialleistungen. Somit stellt sich die Frage, wie das Rentensystem künftig gestaltet werden soll, und – grundsätzlicher – wie die Gesellschaft mit ihren Seniorinnen und Senioren umgehen will.

Zudem nehmen wir die Parlamentswahlen in der Republik Moldau vom 28. September in den Blick, aus denen die proeuropäischen Kräfte als Sieger hervorgegangen sind.

Für die finanzielle Unterstützung dieser Ausgabe danken wir dem Center for Governance and Culture in Europe der Universität St. Gallen.

Natalija Zenger